

**Deutschland – Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung –
Vergabeverfahren ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28)
OJ S 221/2025 17/11/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband go.Rheinland

E-Mail: spnv-vergabeverfahren@gorheinland.com

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabeverfahren ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28)

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe sind Verkehrsdienstleistungen im SPNV im Zuständigkeitsbereich des SPNV-Aufgabenträgers auf der Basis eines Bruttoverkehrsvertrages für dem Vergabeverfahren ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28) für einen Zeitraum ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2026, voraussichtlich am 13.12.2026. Der Verkehrsvertrag hat eine Grundlaufzeit von 11 Jahren, beginnend vom 13.12.2026 bis zum 12.12.2037. Zudem hat der SPNV-Aufgabenträger das Recht, drei je einjährige Verlängerungsoptionen einseitig auszuüben. Der Verkehrsvertrag endet somit spätestens zum internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2040, voraussichtlich am 08.12.2040. Die Vergabeunterlagen werden daher einen Verhandlungsvorbehalt für eine weitere Verlängerung der Leistung enthalten, wenn dies aufgrund der anstehenden Weiterentwicklung des 'Dürener Stern' und deren Zeitschiene erforderlich werden sollte. Der ‚Dürener Stern‘ setzt sich aus folgenden Linien samt deren Streckenverlauf zusammen: RB 21: Düren – Jülich – Linnich (– Hückelhoven-Baal), RB 23: Düren – Untermaubach – Heimbach (Eifel) und RB 28: Düren – Zülpich – Euskirchen. Die Verkehrsdienstleistungen umfassen zu Beginn der Vertragslaufzeit (Betriebsprogramm 1) rund 1,4 Mio. Zkm pro Normjahr. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2027 (Betriebsprogramm 2) soll die RB 21 im 30-Minuten-Takt zwischen Düren und Linnich verkehren, entsprechend umfassen dann die Verkehrsdienstleistungen rund 1,5 Mio. Zkm pro Normjahr. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2030 (Betriebsprogramm 3) sollen die "Kurzläufer" der RB 23 von Untermachbach-Schlagstein nach Abenden verlängert werden, entsprechend umfassen dann die Verkehrsdienstleistungen rund 1,6 Mio. Zkm pro Normjahr. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2032 (Betriebsprogramm 4) soll die Reaktivierung des Streckenabschnitts Linnich – Hückelhoven-Baal auf der RB 21 erfolgen, hierdurch entstehen weitere rund 0,13 Mio. Zkm pro Normjahr zusätzlich. Voraussichtlich ab dem internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2035 (Betriebsprogramm 5) soll die RB 28 zwischen Düren und Euskirchen elektrifiziert werden, die dann durch die 'die euregiobahn' (RB 20) elektrisch betrieben werden soll. Hierdurch reduziert sich das Angebot auf rund 1,3 Mio. Zkm pro Normjahr.

Kennung des Verfahrens: c1be5514-be25-484b-93da-3bc3414fbc0b

Interne Kennung: E73281915

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000 Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Düren (DEA26)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren. Die 1. Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die 2. Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch die ausgewählten Bewerber teilnehmen. 2. Der Bewerber muss seinen Teilnahmeantrag unter Nutzung des Teilnahmeantragsformulars und ggf. Ergänzender Unterlagen einreichen. Dieses Teilnahmeantragsformular ist im eVergabeportal ELViS kostenlos verfügbar. 3. Der Teilnahmeantrag ist elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB im PDF-Format im Vergabeportal hochzuladen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren (Artikel 5 Abs. (3) der VO (EG) Nr. 1370 /2007) in Verbindung mit §§ 131 Abs. (1), 119 Abs. (5) GWB, § 17 VgV

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Betrug: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bergergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bergergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme einer Bergergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bergergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens

eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafbzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafbzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Korruption: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafbzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes

dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag (TB, Anlage 1) eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vor. Im Falle der Teilnahme in Form einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber, der sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, kann auch Nachweise dafür erbringen, dass er ausreichende Maßnahmen getroffen hat, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weist er nach, dass er einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder er die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die Bieter haben auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabeverfahren ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28)

Beschreibung: Vergabe von Verkehrsdienstleistungen im SPNV auf dem ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28) auf der Basis eines Bruttoverkehrsvertrages.

Interne Kennung: E73281915

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000

Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der SPNV-Aufgabenträger hat das Recht, drei Verlängerungsoptionen für jeweils ein Jahr bis zum internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2038, voraussichtlich am 11.12.2038, bis zum internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2039, voraussichtlich am 10.12.2039 bzw. zum internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2040, voraussichtlich am 08.12.2040, einseitig auszuüben. Dieses Recht kann der SPNV-Aufgabenträger jeweils spätestens 12 Monate im Voraus gegenüber dem EVU schriftlich ausüben. Der Zeitraum steht unter dem Vorbehalt der Verhandlungsergebnisse.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Düren (DEA26)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 13/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 12/12/2037

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:startup#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der

Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Beschreibung: Der Bewerber legt folgende

Nachweise vor: Kopie (nicht älter als 3 Monate) der Eintragung im Handels- oder

Berufsregister; Kopie einer gültigen Zulassung nach § 6 AEG; Kopie einer gültigen

Sicherheitsbescheinigung nach § 7a Abs. (1) AEG; für den Fall, dass zum Zeitpunkt der

Abgabe des Teilnahmeantrags noch keine Zulassung und keine Sicherheitsbescheinigung

vorliegen: ggf. einen Nachweis aus dem hervorgeht, wie die Zulassung als EVU samt

erforderlicher Erlangung der Sicherheitsbescheinigung bis zur Betriebsaufnahme erlangt

werden soll; ggf. Erklärung zum unmittelbaren oder mittelbaren kommunalen Anteilseigner;

ggf. Darlegung der kommunalrechtlichen Zulässigkeit; Eigenerklärung über das Nichtvorliegen

von Ausschlussgründen; Eigenerklärung zur Umsetzung des Sanktionspaketes gegen Russland

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Beschreibung: Der Bewerber erklärt mit dem Teilnahmeantrag, dass die Anforderungen des § 6c AEG über die gesamte Laufzeit des Vertrages erfüllt werden. Es wird damit erklärt, dass die tatsächlichen und voraussichtlichen finanziellen Verpflichtungen während der gesamten Vertragslaufzeit erfüllt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Beschreibung: Der Bewerber legt mit dem Teilnahmeantrag eine oder mehrere Referenzen über

Verkehrsdienstleistungsaufträge im SPNV vor, die in Summe einen Umfang von mindestens 1,0 Mio. Zkm pro Normjahr ergeben und je Referenz eine Vertragslaufzeit von mindestens 4 Jahren (Erfüllungsort Deutschland) nachweisen. Bei diesen Referenzen kann es sich entweder um zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages laufende

Verkehrsdienstleistungsaufträge (Betriebsaufnahme bereits erfolgt und vollständige Laufzeit noch nicht abgeschlossen) oder um abgeschlossene Verkehrsdienstleistungsaufträge handeln, bei denen das Vertragsende zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags nicht länger als ein Jahr zurückliegt. Der Bewerber erklärt im Teilnahmeantrag, dass ihm für die Erbringung des Betriebsprogramm 1 (LB, Anlage 1.1.1) für den ‚Dürener Stern‘ (RB 21, RB 23, RB 28) mindestens 14 Neu- und/oder Gebrauchtfahrzeuge mit jeweils rund 70 Sitzplätzen gemäß Eckpunkte LB, Ziffer 2 Abs. (2) vertragsfrei zur Verfügung stehen und diese die dort genannten Anforderungen während der gesamten Vertragslaufzeit erfüllen werden. Hierzu wird der Bewerber entsprechende Eigenerklärungen hinsichtlich der Eigentums- und Fahrbarkeitsnachweise beilegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: -

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das Angebot erteilt, das wertbar ist und den niedrigsten Wertungspreis ausweist (Preis 100 %).

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: -

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: -

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E73281915>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E73281915>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/12/2025 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Im Falle einer Nachforderung wird der SPNV-Aufgabenträger kurzfristig und unter Fristsetzung zur Nachreichung bzw. Vervollständigung auffordern. Ein Anspruch des Bewerbers hierauf besteht nicht. Wird eine gesetzte Frist nicht eingehalten, wird der Teilnahmeantrag von der Wertung ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen sind durch den Bieter innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme des Verstoßes gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen, § 160 Abs. (3) Satz 1 Nr. 1 GWB. Vergaberechtsverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. (3) Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung genannten Teilnahmefrist gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen. Vergabeverstöße, die für den Bieter aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. (3) Satz 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger zu rügen. Das im Dokumentenbereich zur Verfügung gestellte Formblatt soll hierfür verwendet werden. Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens muss innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der genannten Stelle eingereicht werden. Dazu wird auf die Vorschriften der §§ 160 ff. GWB verwiesen. Bei Nichteinhaltung der genannten Fristen

ist ein Antrag unzulässig. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. (1) Satz 2 GWB. § 134 Abs. (1) Satz 2 GWB bleibt unberührt.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband go.Rheinland
Registrierungsnummer: 05315-39001-45
Postanschrift: Deutzer Allee 4
Stadt: Köln
Postleitzahl: 50679
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: spnv-vergabeverfahren@gorheinland.com
Telefon: +49 221 208080 0
Internetadresse: <https://www.wir.gorheinland.com/>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland
Registrierungsnummer: DE812110859
Postanschrift: Zeughausstraße 2-8
Stadt: Köln
Postleitzahl: 50667
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 221 1473045
Fax: +49 221 1472889
Internetadresse: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/themen/wirtschaft-und-kultur/vergabekammer-rheinland>
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d5d8fe93-4733-4078-bf37-550aa27c0241 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/11/2025 18:09:47 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 759471-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 221/2025
Datum der Veröffentlichung: 17/11/2025